Boko Haram und Benghazi

Barack H. Obama muß Fehler korrigieren, Michelle Obama macht es vor

Michelle Obama platzte der Kragen. Sonst politsch zurückhaltend, erklärte sie Samstag, den 10. Mai: „Barack und ich sehen in diesen Mädchen unsere eigenen Töchter.“ Sie wandte sich gegen das böse Treiben der nigerianischen Terrorgruppe Boko Haram – in Hausa „[West-]Bücher verboten“. Ihr Chef erklärte sich auf Video, 200 [276] Schülerinnen im April aus Chiboks Schule entführt zu haben und nun als Sklavinnen zu verkaufen. “#BringBackOurGirls”, so ließ sich also die Präsidentengattin für ihren Twitter ablichten.

Photo: Public Domain

The First Lady ✔ @FLOTUS Tweet Our prayers are with the missing Nigerian girls and their families. It's time to #BringBackOurGirls. -mo 5:03 PM - 7 May 2014

In ihrer Radiorede legte sie nach: diese Terroristen wollen verhindern, daß Mädchen eine Schulausbildung erhalten. Das Kidnappen sei kein isolierter Terrorakt, sondern es gebe ein globales Muster, wobei die Töchter mißbraucht werden. Sie hält Amerikaner an, zu handeln, auf die junge Pakistanerin Malala Yousafzai verweisend, der ein Taliban im Schulbuß in den Kopf schoß. Zum Glück überlebte sie und führt den Bildungskampf fort.

Aber was können, was mögen Politiker tun, was lehren ihre Reaktionen? Dies soll ein Unterhauskomitee seit dem 2. Mai zu Benghazis Botschaftermord untersuchen. Die nigerianischen Schulmädchen, so wieder Michelle Obama, mögen die Amerikaner inspirieren, aufzustehen für das, was richtig ist, und nicht nur in den Zeiten von Tragödien oder Krisen, sondern auf lange Hinsicht. Die betroffenen Familien ringen [seit 14. April] um ihre Kinder. Alle mögen einen Teil von deren Mut aufbringen und kämpfen, daß jedes Mädchen auf der Erde eine Erziehung als ihr Geburtsrecht erhalte. Sehr stimmige Worte.

Überfordert
In diesem Sinne sandte der Präsident ein Expertenteam nach Abuja, wo sein Amtskollege Goodluck Jonathan Nigeria unter dem Angriff von Islamisten darstellt und schwor, dieses Kidnappen sei der Anfang vom Ende des Terrorismus in seinem Land. Aber er sagte vor dem Weltökonomischen Forum am 8. Mai nicht, *wie* er dies denn bewerkstelligen wolle. Indessen hört man aus seinem Staat, daß Boko Haram an der Grenze zu Kamerun über 100 „Ungläubige" getötet habe. Laut Jonathan sei der Extremismus ein relativ neues und fremdes Phänomen. Er würde eine Sicherheitsstruktur aufbauen. Aber viel von dem, was Nigerias Präsident so sagt, zeigt an, daß er und seine Leute überfordert oder unfähig sind.

Boko Harams Chef, Abu Bakr Shikau, erklärte ihm in einem Video am 19. April: „Jonathan, Du bist zu klein für uns. Daher wenden wir uns Deinen Meistern wie Obama zu." Abermals mordeten sie am 7. Mai. Dutzende Terroristen in Tarnuniformen und mit Maschinengewehren AK-47 fielen in das Dorf Gamboru Ngala ein, riefen laut Berichten der New York Times „Allah ist groß" und ermordeten alle, die ihnen nur in den Weg kamen.

Sie verwüsteten den Ort mit 3.000 Einwohnern. Dort, an der Grenze zu Kamerun, zählt man 336 Tote, darunter 18 Polizeioffiziere. In Webseiten wenden sich angeblich sogar Islamisten al-Qaidas davon ab. Ein Mann von Boko Haram, so wieder die Times, meinte, „wie der laufende Koran auf Erden zu wirken". Studenten bildeten Boko Haram kurz nach dem Millennium – als antichristliche Bruderschaft. Ihr Gründer Muhammad Yusuf habe sie radikalisiert, westliche Bücher verboten und Zweckehen mit Islamistengruppen wie al-Qaida in Afrika angestrebt. Im Juli 2009 terrorisierten sie die Moschee von Bauchi – 55 Tote. Anderntags erzeugte die staatliche Reaktion mehr als 700 Tote. Yusuf wurde dort vor laufenden Kameras exekutiert, „wofür sich seine Leute rächen." Teufelskreise?

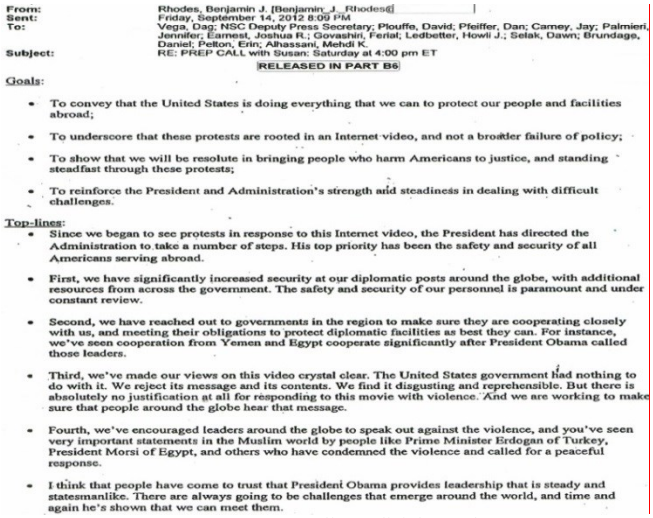
Was tun?
Überall bietet sich ein Bild, wie es Tony Blair am 23. April darstellte. Eine radikalisierte Ideologie, der Islamismus, der des Islams wahre Botschaft verdrehe, liege im Herzen der Mittelostkrise. Die Bedrohung durch diesen radikalen Islam wachse global, destabilisiere Gemeinden, Nationen - wie Nigeria - und zerstöre Potenzen der friedlichen Koexistenz in der Globalära. Der Westen zögere, die Gefahr anzuerkennen und erscheine machtlos, ihr effektiv zu begegnen. Hinzu kommen versagende Staaten, Revolten und Sektenkriege.

Westliche Politiker reagierten aggressiv durch Krieg, defensiv durch Beschwichtigung oder durch eine Mischung aus Verlockung und Druck. Viele verkennen die Natur dieser Bedrohung. Oder die ideologische Medaille mit zwei Seiten: Terror und Islamismus. Andere bekämpfen nur Terroristen, aber nicht deren Weltsicht. Das ideologische Ringen von Vertretern der Moderne und Antimoderne ist der Springpunkt. Andere Politiker glauben, dem durch Schweigen und einen „Dialog mit dem Islam" zu entgehen, darunter in Berlin.

Weitere wirken besänftigend: als Chefs von Administrationen verboten sie Begriffe wie „islamische Terroristen, radikale Islamisten oder Jihadis" unter der fraglichen Maßgabe, ansonsten könne dies „alle Muslime beleidigen". Dabei sind es viele Muslime, die durch die Ideologen und ihre Jihadis besonders leiden, siehe Malala Yousafzai. Aber Muslime sind es auch, die den Löwenanteil der Auseinandersetzung gegen ihre ewig Gestrigen auszufechten haben. Ägypten, Saudiarabien und Golfstaaten gehen voran. Demokratische Politiker können helfen oder im Weg stehen. Letzteres wirkt enttäuschend und nachteilig.

Benghazi

Michelle Obama ist aufgestanden und hat Terroristen als solche benannt wie die globalen Dimensionen dieser Auseinandersetzungen. Sie geht ihren eigenen Weg. Denn ihr Mann hatte allen in seiner Administration so unsinnige Sprachregelungen auferlegt, die Verwirrung stifteten. Plötzlich, wenn noch verdeckt, sprach er nach dem Anschlag auf die Mission in Benghazi vom Terrorismus. Dies war am 12. September 2012, einen Tag nach dem Anschlag und 56 Tage vor seiner erhofften Wiederwahl. Aber er erklärte parallel als Wahllosung, „Bin Ladin ist tot und al-Qaida dezimiert". Wie paßte da der Anschlag der al-Qaida-Liierten ins Bild? Wider besseren Wissens schob er ein „antiislamisches Video" am elften Jahrestag von 9/11 vor, was seine UN-Botschafterin Susan E. Rice propagierte.



From: Rhodes, Benjamin J. [Benjamin_J._Rhodes@
Sent: Friday, September 14, 2012 8:09 PM
To: Vega, Dag; NSC Deputy Press Secretary; Plouffe, David; Pfeiffer, Dan; Carney, Jay; Palmieri, Jennifer; Earnest, Joshua R.; Govashiri, Ferial; Ledbetter, Howli J.; Selak, Dawn; Brundage, Daniel; Pelton, Erin; Alhassani, Mehdi K.
Subject: RE: PREP CALL with Susan: Saturday at 4:00 pm ET

RELEASED IN PART B6

Goals:

- To convey that the United States is doing everything that we can to protect our people and facilities abroad;
- To underscore that these protests are rooted in an Internet video, and not a broader failure of policy;
- To show that we will be resolute in bringing people who harm Americans to justice, and standing steadfast through these protests;
- To reinforce the President and Administration's strength and steadiness in dealing with difficult challenges.

Top-lines:

- Since we began to see protests in response to this Internet video, the President has directed the Administration to take a number of steps. His top priority has been the safety and security of all Americans serving abroad.
- First, we have significantly increased security at our diplomatic posts around the globe, with additional resources from across the government. The safety and security of our personnel is paramount and under constant review.
- Second, we have reached out to governments in the region to make sure they are cooperating closely with us, and meeting their obligations to protect diplomatic facilities as best they can. For instance, we've seen cooperation from Yemen and Egypt cooperate significantly after President Obama called those leaders.
- Third, we've made our views on this video crystal clear. The United States government had nothing to do with it. We reject its message and its contents. We find it disgusting and reprehensible. But there is absolutely no justification at all for responding to this movie with violence. And we are working to make sure that people around the globe hear that message.
- Fourth, we've encouraged leaders around the globe to speak out against the violence, and you've seen very important statements in the Muslim world by people like Prime Minister Erdogan of Turkey, President Morsi of Egypt, and others who have condemned the violence and called for a peaceful response.
- I think that people have come to trust that President Obama provides leadership that is steady and statesmanlike. There are always going to be challenges that emerge around the world, and time and again he's shown that we can meet them.

Quelle: Judicial Watch, FOIA, 30.04.2014

Ausriß, am 30. April 2014 publizierte **Rhodes-Email** aus dem Weißen Haus: *Talking Points*, die Susan E. Rice – einst UN-Botschafterin, seit 1. Juli 2013 Obamas Sicherheitsberaterin – am 16. September in fünf Talk Shows propagierte, den Terrorakt durch Islamisten abstritt, alles auf ein Video schob und die Welt in die Irre führte. Punkt zwei enthüllt diesen „broader failure in policy". Die Publikation dieser Email löste am 2. Mai das „siebte Komitee" aus, das im Unterhaus der Republikaner Harold Watson "Trey" Gowdy leitet. Seine erste Frage lautet, warum weilte Botschafter Stevens denn in Benghazi, was lief dort im Hintergrund?

Die Sprachregelungen, wo man Hinweise auf vorab geplante Terrorakte durch Islamisten herausnahm, wurden auf das „Video frisiert". Dies erhellten fünf Komitees im Unterhaus und eines im Oberhaus. Noch ist unklar, was davor, dabei und danach lief. Kein Terrorist wurde gefaßt. Angeblich wies es Obamas einstige Außenministerin Hillary R. Clinton auf Verhüllungsspur ab, Boko Haram als Terrorverein einzustufen. Mike Morell, Exvizechef der CIA, sagte am 2. April, aus Benghazi *Talking Points* bei „Terror" das Adjektiv „islamisch" gestrichen zu haben. Er und Clinton lagen auf Obamas Linie. Mit Folgen in Benghazis Botschaftermord und bei Boko Haram. Am 30. April kam jene gezielte Irreführung zu Benghazi heraus. Republikaner im Unterhaus entschieden sich für das siebte Untersuchungskomitee. Es beeinflußt die Midtermwahlen im November 2014 und Clintons Chancen 2016. Lernt der Präsident davon? Am 28. Mai erklärt er Linen der Außenpolitik.

Wolfgang G. Schwanitz

Dazu Buch *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: Yale, February 25, 2014, 360 pp. Mehr in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, Neuerscheinung, 10. Juni 2013: Buch in Berlin bestellbar.